ENTHÜLLT: Die vom Finanzminister als „realistischer“ eingeschätzten Kosten von 1,3 Billionen Pfund werden von der Regierung unterdrückt

Die neu enthüllte Modellierung schätzte die Nettokosten von Net Zero bis 2050 auf 1.275 Mrd. £, wobei die jährlichen Kosten im Jahr 2050 um 40 % höher liegen würden als die Schätzung des *Committee of Climate Change* (CCC), zu der die Regierungsbeamten gedrängt wurden. Das Finanzministerium räumte ein, dass „die Kosten des Übergangs (zu *Net Zero*) höchst unsicher sind“, während sie und das CCC weiterhin Details zur Methodik zurückhalten.

Aktivisten haben mehr Transparenz gefordert, da der Premierminister darauf besteht, dass Net Zero nicht zu neuen Steuern führen wird.

Das Finanzministerium hat endlich den Inhalt einer E-Mail offengelegt, die an den damaligen Schatzkanzler Philip Hammond geschickt wurde und in der es um die hohen Kosten des Netto-Null-Emissionsziels ging – nach einem langwierigen Streit um die Informationsfreiheit, der fast zwei Jahre dauerte.

In der E-Mail schrieb das Finanzministerium: „Der CCC schätzt, dass das Erreichen des Netto-Null-Ziels im Jahr 2050 jährlich 50 Mrd. £ kosten wird. BEIS [das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie] schätzt die Zahl auf 70 Milliarden Pfund pro Jahr. Wir halten die BEIS-Zahl für realistischer."

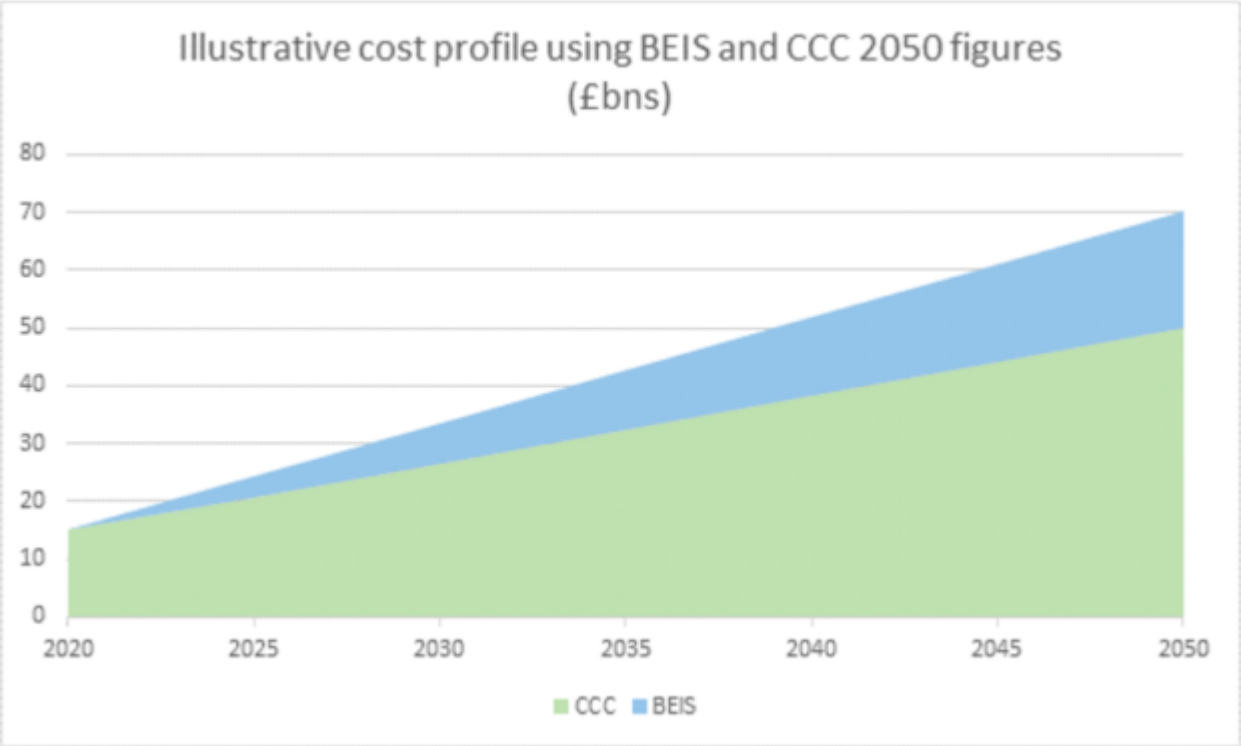
Die „realistischere" BEIS-Zahl ist diejenige, die die Regierung vor einer Entscheidung des Informationskommissars Anfang dieses Jahres vor der Veröffentlichung zurückhalten wollte.

Sie beschrieben auch, dass No10 [der Regierungssitz des Premierministers] und BEIS „sich von der £1 Billion-Zahl distanziert haben" und sagten, dass sie „den öffentlichen Linien gefolgt sind", einschließlich „Das Komitee für Klimawandel sagt, dass dies £50 Milliarden jährlich im Jahr 2050 kosten wird."

In einer Rede am Montag bestand der Premierminister darauf, dass seine „Net Zero"-Agenda nicht zu neuen Kohlenstoffsteuern für die Verbraucher führen würde. Er sagte der Sun, er plane „eine Agenda für einen wirtschaftlichen Aufschwung…".

Die Existenz interner Regierungsschätzungen zu den Kosten von Net Zero war erstmals in einem durchgesickerten Brief bestätigt worden, der im Juni 2019 in der Financial Times erschien.

Wir wissen nun, dass die Modellierung des BEIS schätzte, dass sich die Kosten für Net Zero bis 2050 auf 1.275 Mrd. £ belaufen würden. Die jährlichen Kosten wurden modelliert, um von derzeit 15 Mrd. £ pro Jahr auf etwa 70 Mrd. £ im Jahr 2050 zu steigen. Dies wird durch eine Grafik des Finanzministeriums veranschaulicht, die eine zunehmende Divergenz mit den CCC-Berechnungen zeigt:



Die dargestellten Zahlen sind Nettokosten und werden teilweise durch Kosteneinsparungen in bestimmten Bereichen ausgeglichen. Die gesamten Bruttokosten sind also noch höher. Das *Energy Technologies Institute* hat gesagt, dass die Kosten für die Nachrüstung allein des britischen Wohnungsbestands über 2 Billionen Pfund betragen könnten, und ein GWPF-Bericht schätzt die Gesamtkosten auf über 3 Billionen Pfund.

Die Enthüllungen haben zu Forderungen nach mehr Transparenz geführt. Victoria Hewson, Leiterin von *Regulatory Affairs* am *Institute of Economic Affairs*, sagte:

„Um neue Umweltvorschriften richtig zu prüfen, brauchen das Parlament und die Öffentlichkeit Zugang zu allen relevanten Informationen. Es ist enttäuschend, dass die Regierung sich entschieden hat, diese entscheidende Kostenbewertung so lange zurückzuhalten, und dass die Ansicht des Finanzministeriums auf solch vagen Projektionen zu beruhen scheint. Transparenz und rigorose Kosten-Nutzen-Analysen sind im Interesse aller, sowohl um die Kosten zu minimieren als auch um sicherzustellen, dass die besten politischen Alternativen gewählt werden."

Im Dezember veröffentlichte das *Institute for Government* einen Bericht mit der Argumentation: „Die Regierung muss die Art und Weise, wie sie Beweise sammelt, um die Netto-Null-Politik zu informieren, von Grund auf reformieren und ein breiteres Spektrum von Interessenvertretern konsultieren, wenn sie kostspielige politische Fehlschläge vermeiden will."

Die Einschätzung der Beamten widerspricht den offiziellen Beratern der Regierung zum Klimawandel, dem Committee on Climate Change (CCC). Das CCC wird von Lord Deben geleitet, der **zugegeben hat, Hunderttausende Pfund von „grünen" Unternehmen zu erhalten**. Es hatte eine niedrigere Schätzung von 50 Milliarden Pfund pro Jahr bis 2050 vorgelegt, aber das Finanzministerium sagte, die BEIS-Zahlen seien „realistischer".

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Andrew Montford, stellvertretender Direktor der GWPF, sagte:

„Nachdem ich fast zwei Jahre lang meinen Antrag auf Informationsfreiheit angefochten habe, bin ich froh, dass das Finanzministerium endlich zugestimmt hat, diese Informationen freizugeben. Es zeigt, dass Minister und Beamte der Regierung, obwohl sie von einer glaubwürdigeren höheren Schätzung für die Kosten von *Net Zero* wussten, entschieden haben, wichtige Informationen zu verbergen. Wir müssen jetzt die Methodik hinter diesen Schätzungen erkennen, damit das Parlament die Kosten der Dekarbonisierungspolitik richtig hinterfragen kann."

Read the full FoI disclosure here

Link:
https://www.thegwpf.com/revealed-the-1-3-trillion-net-zero-cost-estimate-called-more-realistic-by-treasury-suppressed-by-government/

_____

Im Britischen Boulevard-Blatt (vergleichbar mit der BILD-Zeitung bei uns) gab es dazu gleich einen Artikel. So sehr BILD manchmal „Bildungsbremse“ genannt wird – hier könnte sie wirklich mal der Bildung Vorschub leisten. Einschub des Übersetzers

Briten wurden hinsichtlich der Kosten von *Net Zero* in die Irre geführt

Natasha Clark, The Sun

Die Briten wurden über die Kosten des Netto-Null-Emissionsziels der Regierung bis 2050 getäuscht, nachdem Whitehall-Beamte den geschätzten jährlichen Schaden von 70 Milliarden Pfund heruntergespielt hatten.

In brisanten E-Mails, die nach einer zweijährigen FOI-Schlacht veröffentlicht wurden, gaben Beamte des Finanzministeriums gegenüber dem damaligen Kanzler Philip Hammond zu, dass die Kosten für die Umstellung auf grüne Technologien wahrscheinlich 20 Milliarden Pfund pro Jahr höher sein würden als die 50 Milliarden Pfund, für die sie öffentlich werben sollten.

Die Briten wurden über die Kosten von Theresa Mays Klimaneutralitätsziel getäuscht. Quelle: PA:Press Association

E-Mails zwischen Philip Hammond und seinen Erfüllungsgehilfen enthüllten, dass die Zahl 20 Milliarden Pfund höher war als erwartet. Quelle: Darren Fletcher – The Sun

Ex-PM Theresa May hat das Vereinigte Königreich rechtlich dazu verpflichtet, bis 2050 „Net Zero“ zu erreichen, bevor Boris Johnson 2019 das Amt übernahm – was bedeutet, dass alle schädlichen Gase und Emissionen ausgeglichen werden müssen.

Interne Regierungsmodelle des Wirtschaftsministeriums zeigten, dass die Kosten um 40 Prozent höher sein würden – und bis 2050 1,275 Billionen Pfund erreichen würden.

Damals spielte No10 die geschätzten Gesamtkosten von einer Billion Pfund für die Umstellung auf eine völlig Kohlenstoff-neutrale Wirtschaft bis 2050 herunter und wies die Berichte zurück, dass dies bedeuten könnte, dass die öffentlichen Ausgaben in anderen Bereichen gekürzt werden müssten.

Andrew Montford, stellvertretender Direktor der Global Warming Policy Foundation, die auf die FOIs drängte, sagte gestern Abend: „Nachdem ich fast zwei Jahre lang meinen Antrag auf Informationsfreiheit angefochten habe, bin ich froh, dass das Finanzministerium endlich zugestimmt hat, diese Informationen freizugeben. Es zeigt, dass Minister und Beamte der Regierung, obwohl sie von einer glaubwürdigeren höheren Schätzung für die Kosten von *Net Zero* wussten, entschieden haben, wichtige Informationen zu verbergen. Wir müssen jetzt die Methodik hinter diesen Schätzungen erkennen, damit das Parlament die Kosten der Dekarbonisierungspolitik richtig hinterfragen kann.“

Horrende Kosten

Klimaforscher argumentieren, dass die wahren Kosten des Klimawandels auf lange Sicht sogar noch MEHR kosten werden, wenn jetzt nichts unternommen wird.

Die damalige Premierministerin Theresa May war sehr daran interessiert, die Verpflichtung zu Netto-Null zu überstürzen, bevor sie 2019 das Amt verlässt.

Aber Hammond war besorgt über die langfristigen Kosten für die Wirtschaft und wollte gegenüber der Öffentlichkeit ehrlich hinsichtlich der horrenden Kosten sein.

Der ganze Beitrag steht hier.

Übersetzt von Chris Frey EIKE